

Fraktionsvorsitzender
Heiko Tadge
Wiegmannstr. 1
31655 Stadthagen
Tel.: 0 57 21 – 7 37 66
Mobiltel.: 01 77 – 7 37 66 00
heiko.tadge@cdu-stadthagen.de

P R E S S E M I T T E I L U N G

Stadthagen, den 28.10.2016

Sehr geehrter Herr Dr. Rothe,

auf Ihre Nachfrage und bezugnehmend auf die Berichterstattung der Schaumburger Nachrichten von heute zur beabsichtigten Grundsteuererhöhung der Gruppe SPD/Die Grünen/FDP im Rat der Stadt Stadthagen möchte ich Ihnen die Position der CDU-Fraktion darstellen:

Die Aussage von Lothar Biege, die CDU „habe sich strikt der von der FDP gewollten Grundsteuererhöhung verweigert“ und „auf einer Straßenausbaubeitragssatzung beharrt“, ist nur zur Hälfte richtig.

Richtig ist, dass wir sehr verwundert über die Absicht der FDP waren, eine extrem hohe Grundsteuererhöhung durchsetzen zu wollen. Vor dem Hintergrund, dass die Grund- und Gewerbesteuerhebesätze Stadthagens bereits jetzt deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen und es andere Finanzierungsmöglichkeiten gibt, war dieses Ansinnen der FDP für uns nicht annehmbar. Die CDU steht zu der Aussage, in den kommenden fünf Jahren keine Steuern zu erhöhen.

Falsch hingegen ist die Aussage, die CDU habe „auf einer Straßenausbaubeitragssatzung beharrt.“ Eine Straßenausbaubeitragssatzung belastet die Anwohner, deren Straße saniert wird, einmalig und mit einer hohen Summe. Das ist von der CDU keinesfalls gewollt und auch in den nach der Kommunalwahl geführten Gesprächen mit den Vertretern der anderen Parteien klar zum Ausdruck gebracht worden.

Die CDU favorisiert eine andere, solidarische, sozial gerechte und vor allem auch nachhaltige Lösung zur Finanzierung des Straßennachausbaus: die Rot-Grüne Landesregierung hat bereits am 10. November letzten Jahres beschlossen, in einem Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes „wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen“ zu ermöglichen. Zitat der Pressestelle der Niedersächsischen Landesregierung vom 22.03.2016: „Die Beitragslast könnte damit auf einen längeren Zeitraum und auf eine Vielzahl von Grundstückseigentümern verteilt werden.“ Diese Möglichkeit zur Finanzierung des Straßennachausbaus gibt es auch bereits in anderen Bundesländern. Nach Aussage der Niedersächsischen Staatskanzlei haben sich „in Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Thüringen und Hessen ... wiederkehrende Straßenbeiträge in der kommunalen Praxis bewährt.“

Der Gesetzentwurf ist derzeit noch in der Beratung des Innenausschusses, er könnte aber nach Auskunft aus dem Innenministerium bereits in den Landtagssitzungen am 21. November oder am 12. Dezember verabschiedet werden, sofern die Ausschussberatungen bis dahin abgeschlossen sind.

Die CDU-Fraktion hat bereits im vergangenen Jahr die Einführung einer solchen Lösung für Stadthagen angeregt. Der Vorteil der Gebührenfinanzierung liegt im Vergleich zur Steuerfinanzierung darin, dass der Straßenausbau aus dem „normalen“ städtischen Haushalt ausgegliedert werden könnte und mit den Gebühren lediglich Zins und Tilgung der Ausbaurkosten finanziert werden müssten.

Beim Finanzierungsmodell der Gruppe SPD/Die Grünen/FDP mit deutlich über den Landesdurchschnitt angehobenen Grund- und ggf. auch Gewerbesteuern müssen hingegen die kompletten Ausbaurkosten durch Steuereinnahmen gedeckt werden.

Ein weiterer Nachteil der „Variante Grundsteuererhöhung“ ist das schnelle Verpuffen des Effektes. Aufgrund höherer Steuereinnahmen verringern sich zukünftig die Schlüsselzuweisungen für Stadthagen und zusätzlich erhöht sich dadurch auch die abzugebende Kreisumlage.

Für den Bürger ist die Variante der wiederkehrenden Beiträge also deutlich günstiger und nachhaltiger. Entweder, weil – bei gleichbleibendem Sanierungstempo der Straßen – die Gebühr geringer ist als die Grundsteuererhöhung; oder, weil mit der gleichen Belastungssumme deutlich mehr Straßennachausbauten pro Jahr möglich wären.

Wir sind uns bewusst, dass eine solche Gebührenerhebung natürlich einen höheren Verwaltungsaufwand bedeutet als einfach Grund- und Gewerbesteuern anzuheben. Die Verwaltung ist jedoch Servicedienstleister für die Stadthäger Bürger und Unternehmen. Daher erwarten wir, dass die Stadt nicht zwangsläufig einen einfachen, für die Bürger aber teureren Weg geht, sondern dass innovativen Ideen, die für die Bürger besser sind, eine echte Chance eingeräumt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Heiko Tadge